

# Posener Zeitung.

Nenn und siebzigerster Jahrgang.

Donnerstag, 20. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Mr. 47.

Inserate 20 Pf. die schriftgestaltete Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierfachlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 19. Januar. Der König hat den Forstmeistern Kaiser zu Kassel, Kreis zu Koblenz, Schleickmann zu Marienwerder, v. Groote zu Trier, Neumayr zu Arnberg, Wallmann zu Hannover, von Barendorf zu Schleswig, von Salm zu Minden und Küster zu Wiesbaden den Rang der Reg.-Rätze verliehen, den Pastor Maeker in Schwazwald zum Superintendenten der Diözese Schilberg — Reg.-Bzg. Breslau — und den Pastor Staemmler in Duschnitz zum Superintendenten der Diözese Samter — Reg.-Bzg. Breslau — ernannt, sowie dem Uhrmacher E. H. Dankwerth zu Hannover das Prädikat eines l. Hof-Uhrmachers verliehen.

Der Bürgermeister Goß zu Schirmeck im Bzg. Unter-Elsass ist seines Amtes enthoben worden. Der bisherige Privatdozent Dr. David Weipers ist zum außerord. Professor in der philos. Fakultät der Universität zu Göttingen ernannt worden.

## Deutscher Reichstag.

32. Sitzung.

Berlin, 19. Januar, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück mit mehreren Kommissarien.

Abg. Dr. Brande (Hannover) ist am 23. Dezember verstorben; das Haus ehrt sein Antreten in der üblichen Weise. — Abg. Siegfried (Gotha) hat aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt. — Ein Schreiben des Reichskanzlers zeigt an, daß der preußische Staatsminister Graf zu Eulenburg und der Staatssekretär v. Bülow zu Mitgliedern des Bundesrates ernannt worden sind.

Das gegen den Abg. Kämmerer schwere Strafverfahren ist laut Beschuß des Hauses nach einer Mithilfe des Reichskanzleramts gestartet. — Zwei Anträge auf Erteilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Schiffsbretters Reedemann zu Neuenfelde, sowie der „Steeler Zeitung“ und der „Wattenküchel der Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Reichstages werden der Geschäftsausschüsse überwiesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist folgende Interpellation des Abg. Schulze-Delitzsch:

A. Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten 1) das preußische Gerichte — insbesondere im Bezirk des Kreisgerichts Neuwied — den ausdrücklichen Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1868 über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften entgegen: a) derartigen Genossenschaften, namentlich Kreditvereinen, welche in ihren Geschäftsantheiten keine Vorschriften über Betrag und Bildung von Geschäftsantheilen der einzelnen Genossenschaften enthalten, vielmehr die Bildung dieser Anteile ausdrücklich durch Eintragung in die Genossenschaftsregister im Gesetz garantieren. Rechte einer eingetragenen Genossenschaft verlieren? b) Personen als Vorstände solcher Genossenschaften in die bez. Register einzutragen, welche gar nicht Mitglieder derselben sind? 2) daß in einem Erkenntnis des Appellationsgerichts zu Hamm die Rechtsfähigkeit der vom preußischen Justizministerium erlassenen Instruction vom 17. Dezember 1868, betreffend die Führung der Genossenschaftsregister — mindestens in ihren Strafbestimmungen — bestimmt wird, weil dieselbe nicht den Erfordernissen einer Regelungsvorordnung im Sinne der §§ 66 und 72 des Genossenschaftsgesetzes entspreche? B. Was gedenkt die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der bezüglichen Bestimmungen des genannten Reichsgesetzes und Sicherung der Ausführung derselben in den deutschen Einzelstaaten, insbesondere im Königreich Preußen zu thun?

Abg. Schulze: Meine Interpellation betrifft in ihrem hauptsächlichen Punkt, der Nr. 1 derselben, die gesuchte Eintragung von Genossenschaften in das Genossenschaftsregister seitens bestimmter preußischer Gerichte, insbesondere in der Rheinprovinz, ohne daß eine hochwichtige Bestimmung des Genossenschaftsgesetzes, nämlich das Vorhandensein und die Bildung von Geschäftsantheiten seitens der bestehenden Genossenschaften erfüllt ist. Das Genossenschaftsgesetz sah ausdrücklich: „Die Rechte einer juristischen Person sollen den Genossenschaften nur gewährt werden, wenn die in § 3 formulierten Normativa bedingungen erfüllt werden“; und unter diesen wird als Nr. 5 in § 3 des Gesetzes aufgeführt: „der Gesellschaftsvertrag muß enthalten: den Betrag und die Art und Weise der Bildung von Geschäftsantheilen der Mitglieder.“ Nun sollte man meinen, wenn das Gesetz ausdrücklich und kategorisch bestimmt: „der Gesellschaftsvertrag muß den Betrag der Geschäftsantheile enthalten“, daß dann die natürliche und vernunftgemäß nothwendige Voraussetzung die ist, daß überhaupt solche Geschäftsantheile auch vorhanden sein müssen. Nichts desto weniger wird diese Voraussetzung bestimmt. Man sagt, das Vorhandensein solcher Geschäftsantheile sei durch das Gesetz nicht obligatorisch gefordert, sondern als facultativ festgesetzt, weil einmal das Gesetz nirgends ausdrücklich die Existenz der Geschäftsantheile selbst zur Bedingung der Eintragung in das Genossenschaftsregister macht, sondern nur die Angabe des Betrags dieser Anteile für den Fall, daß solche vorhanden seien, und sowohl deshalb, weil das Gesetz keinen Minimalbetrag der Geschäftsantheile festgesetzt. In Folge dessen sagt man alles Erstes, es könnte ja, um dem Gesetz völlig zu genügen, in den Statuten gelagert werden: der Geschäftsantheil ist gleich Null, denn es sei von mathematischen Autoritäten festgestellt, daß Null sehr wohl als ein bestimmter Betrag anzusehen werden kann (Heiterkeit). Ich denke, die Mitglieder des Hauses werden mit mir überzeugt sein, daß derartigen Interpretationen irgendein Wert nicht beizulegen ist. Das Gesetz ist von der gefundenen Vernunft — und diese muß doch bei allen Gesetzgebungen vorausgesetzt werden — auf keine andere Weise zu deuten, als dahin, daß die Geschäftsantheile, deren Betragsangabe das Gesetz ausdrücklich fordert, auch wirklich vorhanden sein müssen. Die endgültige Feststellung dieser Frage ist aber für die geheime Entwicklung des ganzen Genossenschaftswesens von höchster Wichtigkeit. Fällt die Bedingung des Vorhandenseins der Geschäftsantheile der einzelnen Mitglieder fort, so heißt das, die Genossenschaften im inneren Kern schädigen und die ganze Bewegung in Gebiete ableiten, wo sie nicht mehr der Gesellschaft ihre Dienste eistet, sondern solchen Richtungen der Arbeiterschaft ihre Hände fällt, die zu bekämpfen eine ihrer heilsamsten Aufgaben bildet. Die übrigen Punkte der Interpellation bedürfen einer näheren Darlegung und Begründung nicht und glaube ich eine befriedigende Erklärung seitens der verbliebenen Regierungen erwarten zu können.

Präsident Delbrück: Die Nr. 2 der Interpellation, die ich hier beantworten will, beruht auf einer unrichtigen Unterstellung seitens des Herrn Interpellanten. Weder in der Judikatur noch in der Dekuratur ist von einem preußischen Gerichtshofe die Rechtsfähigkeit der Instruktion vom 17. Dezember 1868, betreffend die Führung

der Genossenschaftsregister bestritten worden. Der Interpellant ist in seiner irrthümlichen Ansicht dadurch verleitet worden, daß ein Mitarbeiter des Johow'schen Jahrbuchs in dieser Zeitschrift als seine persönliche Ansicht die Gültigkeit der Instruktion in Frage gestellt und dasselbe ausgeführt hat, was der Interpellant als Erkenntnis des Gerichts bezeichnete. Was den ersten Punkt betrifft, so ist es allerdings richtig, daß das Kreisgericht in Neuwied eine Anzahl von Genossenschaften eingetragen hat, deren Statuten über Bildung von Geschäftsantheilen nichts enthalten, oder welche Geschäftsantheile ausdrücklich ausschließen. Das Gericht hat dabei erwogen, daß der § 3 des Genossenschaftsgesetzes in Nr. 5 zwar die Betragsangabe der Geschäftsantheile fordert, daß das Gesetz aber nicht bestimmt, es müssen solche Beträge überhaupt festgestellt werden. Das Gericht ist ferner von der Erwägung ausgegangen, daß das Gesetz keinen Minimalbetrag der Geschäftsantheile festgesetzt, daß es daher möglich sei, auch nur einen Pfennig als Geschäftsantheil in den Statuten anzugeben, und daß, wenn dies geschieht, es offenbar auch gleichgültig sei, ob man dann überhaupt einen Geschäftsantheil festsetze.

Was die Lit. B des ersten Punktes der Interpellation betrifft, so hat das königliche Kreisgericht die Eintragung der betreffenden Personen für zulässig erachtet, in der Erwägung, daß es nach dem Gesetz nur daran kommt, daß der Vorstand nicht aus unbeteiligten Persönlichkeiten besteht. Die Argumentation, die der Interpellant in Bezug auf die Nr. 1 der Interpellation vorgeführt hat, steht den Erwägungen, von denen das Gericht ausgingen ist, schroff gegenüber. Indessen, meine Herren, das Reichskanzleramt ist der Ansicht, daß jeder Zweifel, welcher aus dem Wortlaut des Gesetzes hergeleitet werden könnte, sich erledigt, wenn man auf seine Entziehung und auf die Motive sieht; das Reichsgericht als solches hat ja kaum eine Gedächtnis. Es kommt darauf an, daß das in Breslau im Jahre 1866 erlassene Gesetz auf den norddeutschen Bund ausgedehnt wurde. Die Aenderungen, welche damals das preußische Gesetz in dem norddeutschen Reichstag erfahren hat, waren nur solche, welche sich unmittelbar daraus ergaben, daß man Rechtsgebiete ins Auge zu fassen hatte, welche das preußische Gesetz nicht ins Auge gefaßt hatte; im übrigen wurden die Bestimmungen des preußischen Gesetzes, insbesondere die in Neuenfelde, sowie der „Steeler Zeitung“ und der „Wattenküchel der Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Reichstages werden der Geschäftsausschüsse überwiesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist folgende Interpellation des Abg. Schulze-Delitzsch:

A. Hat die Reichsregierung davon Kenntnis erhalten 1) das preußische Gerichte — insbesondere im Bezirk des Kreisgerichts Neuwied — den ausdrücklichen Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 4. Juli 1868 über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften entgegen: a) derartigen Genossenschaften, namentlich Kreditvereinen, welche in ihren Geschäftsantheiten keine Vorschriften über Betrag und Bildung von Geschäftsantheilen der einzelnen Genossenschaften enthalten, vielmehr die Bildung dieser Anteile ausdrücklich durch Eintragung in die Genossenschaftsregister im Gesetz garantieren. Rechte einer eingetragenen Genossenschaft verlieren? b) Personen als Vorstände solcher Genossenschaften in die bez. Register einzutragen, welche gar nicht Mitglieder derselben sind? 2) daß in einem Erkenntnis des Appellationsgerichts zu Hamm die Rechtsfähigkeit der vom preußischen Justizministerium erlassenen Instruction vom 17. Dezember 1868, betreffend die Führung der Genossenschaftsregister — mindestens in ihren Strafbestimmungen — bestimmt wird, weil dieselbe nicht den Erfordernissen einer Regelungsvorordnung im Sinne der §§ 66 und 72 des Genossenschaftsgesetzes entspreche? B. Was gedenkt die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung der bezüglichen Bestimmungen des genannten Reichsgesetzes und Sicherung der Ausführung derselben in den deutschen Einzelstaaten, insbesondere im Königreich Preußen zu thun?

Abg. Schulze: Meine Interpellation betrifft in ihrem hauptsächlichen Punkt, der Nr. 1 derselben, die gesuchte Eintragung von Genossenschaften in das Genossenschaftsregister seitens bestimmter preußischer Gerichte, insbesondere in der Rheinprovinz, ohne daß eine hochwichtige Bestimmung des Genossenschaftsgesetzes, nämlich das Vorhandensein und die Bildung von Geschäftsantheiten seitens der bestehenden Genossenschaften erfüllt ist. Das Genossenschaftsgesetz sah ausdrücklich: „Die Rechte einer juristischen Person sollen den Genossenschaften nur gewährt werden, wenn die in § 3 formulierten Normativa bedingungen erfüllt werden“; und unter diesen wird als Nr. 5 in § 3 des Gesetzes aufgeführt: „der Gesellschaftsvertrag muß enthalten: den Betrag und die Art und Weise der Bildung von Geschäftsantheilen der Mitglieder.“ Nun sollte man meinen, wenn das Gesetz ausdrücklich und kategorisch bestimmt: „der Gesellschaftsvertrag muß den Betrag der Geschäftsantheile enthalten“, daß dann die natürliche und vernunftgemäß nothwendige Voraussetzung die ist, daß überhaupt solche Geschäftsantheile auch vorhanden sein müssen. Nichts desto weniger wird diese Voraussetzung bestimmt. Man sagt, das Vorhandensein solcher Geschäftsantheile sei durch das Gesetz nicht obligatorisch gefordert, sondern als facultativ festgesetzt, weil einmal das Gesetz nirgends ausdrücklich die Existenz der Geschäftsantheile selbst zur Bedingung der Eintragung in das Genossenschaftsregister macht, sondern nur die Angabe des Betrags dieser Anteile für den Fall, daß solche vorhanden seien, und sowohl deshalb, weil das Gesetz keinen Minimalbetrag der Geschäftsantheile festgesetzt. In Folge dessen sagt man alles Erstes, es könnte ja, um dem Gesetz völlig zu genügen, in den Statuten gelagert werden: der Geschäftsantheil ist gleich Null, denn es sei von mathematischen Autoritäten festgestellt, daß Null sehr wohl als ein bestimmter Betrag anzusehen werden kann (Heiterkeit). Ich denke, die Mitglieder des Hauses werden mit mir überzeugt sein, daß derartigen Interpretationen irgendein Wert nicht beizulegen ist. Das Gesetz ist von der gefundenen Vernunft — und diese muß doch bei allen Gesetzgebungen vorausgesetzt werden — auf keine andere Weise zu deuten, als dahin, daß die Geschäftsantheile, deren Betragsangabe das Gesetz ausdrücklich fordert, auch wirklich vorhanden sein müssen. Die endgültige Feststellung dieser Frage ist aber für die geheime Entwicklung des ganzen Genossenschaftswesens von höchster Wichtigkeit. Fällt die Bedingung des Vorhandenseins der Geschäftsantheile der einzelnen Mitglieder fort, so heißt das, die Genossenschaften im inneren Kern schädigen und die ganze Bewegung in Gebiete ableiten, wo sie nicht mehr der Gesellschaft ihre Dienste eistet, sondern solchen Richtungen der Arbeiterschaft ihre Hände fällt, die zu bekämpfen eine ihrer heilsamsten Aufgaben bildet. Die übrigen Punkte der Interpellation bedürfen einer näheren Darlegung und Begründung nicht und glaube ich eine befriedigende Erklärung seitens der verbliebenen Regierungen erwarten zu können.

Präsident Delbrück: Die Nr. 2 der Interpellation, die ich hier beantworten will, beruht auf einer unrichtigen Unterstellung seitens des Herrn Interpellanten. Weder in der Judikatur noch in der Dekuratur ist von einem preußischen Gerichtshofe die Rechtsfähigkeit der Instruktion vom 17. Dezember 1868, betreffend die Führung

der Auftrag der Rechnungskommission, in deren Auftrage Abg. v. Reden referirt, geht dahin, 1) die Übersicht der ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des deutschen Reichs nachweist, vorbehaltlich bei der Prüfung der Rechnungen etwa sich noch ergebenden Erinnerungen vorläufig zu genehmigen, und 2) die in einer Anlage zu dieser Übersicht nachgewiesenen, die Einnahme-Etats überschreitenden und beziehungsweise außerordentlich mächtigen Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken, Materialien, Utensilien und sonstigen Gegenständen nachträglich zu genehmigen. Das Haus tritt dem Antrage ohne Diskussion bei.

Ein Schreiben des Reichskanzlers vom 13. Dezember v. J. wegen Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Redakteurs Max Seidl in München wegen Beleidigung des Reichstages war der Geschäftsausschüsse der Reichskanzleramt zur Berichterstattung überwiesen worden. Namens derselben referiert Abg. Valentin, der den im Kriminellen Passus des Artikels verfasst. In demselben wird die Mehrzahl der Reichstagsmitglieder als Statistiker bezeichnet und behauptet, es seien zu viele Lärm- oder Spalakelmacher im Hause. Die Kommission beantragt, ohne ein für alle Mal jede Strafverfolgung von der Hand weisen zu wollen, in diesem Falle die Ermächtigung zur Verfolgung des Max Seidl wegen Beleidigung des Reichstages nicht zu erheben.

Bevor zur Abstimmung über diesen Antrag geschritten werden kann, erhebt sich Abg. Reimer zur Geschäftsausschüsse das Wort, um wegen der zweifelhaften Beschlußfähigkeit der Versammlung deren Auszählung zu beantragen.

Das Bureau kann bei der momentan allerdings nur lückenhaften Bekämpfung der Wünste des Hauses, welche sich übrigens später während der Zahlung erheblichfüllen, den Antrag nicht zurückweisen; es muss daher zum Namensaufruf geschritten werden. Derselbe ergibt die Anwesenheit von nur 160 Mitgliedern, es fehlen somit 39 zur Beschlußfähigkeit. Die Sitzung muß daher um 3½ Uhr abgebrochen werden.

Abg. Dr. Lucius (Erfurt) spricht den Wunsch aus, die in der gegenwärtigen Session verlassene Praxis, die Namen der beim Namensaufruf Anwesenden, der Entschuldigten, Beurlaubten und ohne Entschuldigung Fehlenden im stenographischen Berichterstattung mitzuheilen, in keiner tendenziösen Absicht, da die einzelnen Fraktionen konstant Kontingente zu den obigen vier Kategorien stellen, sondern im Interesse der Publizität, des Hauses und seiner Statistik.

Der Präsident weiß den Vorstand des stenographischen Bureaus sofort an, die verlassene Praxis wiederherzustellen, und setzt die nächste Sitzung auf Donnerstag 12 Uhr an. Beschlussfassung über die weitere geschäftliche Behandlung der drei Justizgefechte; zweite Vertrauthaltung des an die Kommission verwiesenen Theiles der Strafgesetzesnovelle.

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 19. Januar. Der Bundesrat ist vom Reichskanzler ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach vom 1. April 1877 ab das Etatjahr für das Reich vom 1. April jeden Jahres beginnen und mit dem 31. März des vergangenen Jahres abschließen soll. In den beigegebenen Motiven wird auf die verschiedenen Unzuträglichkeiten eingegangen, welche mit dem bisherigen Zustand verbunden waren und namentlich Gewicht darauf gelegt, daß seitdem der Reichstag bei alljährlicher Feststellung des Militäretats mitzuwirken habe, weder auf die frühere Praxis der Feststellung in den 3 ersten Monaten des I. J. zurückzugehen, noch die jetzige beibehalten werden könne, welche für die Ausführungs vorbereitungen keine hinlängliche Zeit läßt. Offenbar in Kenntnis und mit Rücksicht auf diese Vorlage führt die heutige „Prov. Corr.“ aus, daß, wenn durch das projektierte Gesetz auch den für die Reichsverwaltung bestehenden Unzuträglichkeiten Abhilfe geschaffen werde, darum doch für die in Preußen fühlbaren Missstände noch keine Abhilfe gefunden sei. Man werde wieder zu der alten Praxis zurückkehren müssen, den Landtag 3 Monate vor Ablauf d. I. einzuberufen, dann zu vertagen und im Frühjahr wieder zu eröffnen. Dabei werde man aber nicht dazu gelangen, große legislative Arbeiten neben der Budgetberatung zur Erledigung zu bringen, wenn nicht eine wesentliche Veränderung in der Geschäftsbearbeitung eintritt, also: Ablösung der Budgetberatung und Fortsetzung der Kommissionarbeiten während der Vertagung. — Die telegraphische Nachricht der „Weber-Ztg.“ wegen unmittelbar bevorstehender Vertagung der Synodale Ordnung war verfrüht, ebenso ist die Nachricht, daß die Allerhöchste Sanktion ertheilt sei, zur Stunde noch unrichtig.

— Der „Staatsanw.“ enthält eine königl. Verordnung vom 8. Januar d. J. betreffend die Ausübung der Befugnis zur Dispensation vom Aufgebot vom 8. Januar 1876, welche auf Grund des § 50 Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzblatt, S. 23) für den Umfang der Monarchie, was folgt bestimmt:

S. 1. Eine Befreiung vom Aufgebot kann in allen Fällen durch den Minister des Innern erfolgen; in dringenden Fällen kann der Vorsitzende der Amtsstelle eine Abkürzung der für die Belastung bestimmten Fristen (§§ 43, 47 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875) gestatten und bei vorhandener Lebensgefahr von dem Aufgebot ganz entbinden. S. 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. S. 3. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

— Über die Verhandlungen der orthographischen Konferenz bringt der „Staatsanzeiger“ nunmehr die ersten ausführlichen und authentischen Mitteilungen. Nach einem längeren Rückblick auf den historischen Verlauf der ganzen Reformbestrebung und die Vorschläge des Professors v. Raumer wird der Inhalt der von der Konferenz geprägten General-Diskussion zunächst im Wesentlichen wie folgt dargestellt:

„Die Generaldiskussion richtete sich auf zwei Punkte. Erstens galt es, zu konstatieren, ob in Betreff der Grundlagen, auf welchen die Raumer'schen Schriften beruhen, in der Versammlung Neuerkrundung herrsche, damit eine etwaige Differenz sofort im Allgemeinen nicht wiederholt bei den einzelnen Fragen zur Verhandlung komme. Als die den Raumer'schen Schriften zu Grunde liegenden Überzeugungen bezeichnete der Vorsitzende Folgendes: Der Grund-

Charakter unserer Rechtschreibung ist ein phonetischer, d. h. die Schrift sucht die gezwölfte wölblich gesprochenen Laute zu bezeichnen. Der phonetische Grundcharakter wird aber durch einige andere Momente beschränkt, erstens durch den unantastbaren Zug unseres Schreib-Gebrauches, in der geschriebenen Form des Wortes den Zusammenhang seiner Entstehung zur Anschauung zu bringen (wir schreiben z. B. ich hatte, ich hätte, nicht ich hette, obgleich der Vocal nicht anders gesp. wird, als in Kette, reite); ferner durch grammatische Unterscheidungen (dahin gehört z. B. das Schreiben der Substantiva mit großem Anfangsbuchstaben); endlich durch das Bemühen, die verschiedene Bedeutung phonetisch gleicher Wörter in der Schrift durch willkürliche Zeichen kennlich zu machen (es genügt an die noch zu Anfang dieses Jahrhunderts übliche Unterscheidung von sein und sehn zu erinnern). Dass unsere Rechtschreibung auch in ihrem phonetischen Grundcharakter der Verbesserung fähig und bedürftig ist, beweist selbst ein oberflächlicher Blick in unsere Literatur; aber nur solche Vorschläge der Besserung haben ein Recht, welche durch den bisherigen Entwicklungsgang bereits angebahnt und vorbereitet sind, und welche die werthvolle Gemeinsamkeit nicht erschüttern. Auch eine minder gute Orthographie, wofern nur ganz Deutschland darin übereinstimmt, ist einer vollkommeneren vorzuziehen, wenn diese vollkommene auf einen Theil Deutschlands beschränkt bleibt und dadurch eine neue und keineswegs gleichlängige Spaltung hervorruft. Als zweiter Gegenstand der Generaldiskussion wurde vom Vorsitzenden die Frage formuliert, in welchen Grenzen sich die Reform halten müsse, wenn sie auf allgemeine Annahme hoffen wolle. Als der eingehenden und lebhaften Erörterung dieser Frage liegen sich im Wesentlichen folgende Punkte als Überzeugung der Konferenz konstatieren. Von keiner Seite wird eine solche bessende Modifizierung in unserer Rechtschreibung empfohlen, welche nicht schon durch den bisherigen Entwicklungsgang unseres Schreibgebrauchs vorbereitet ist. Ferner, die Verhandlungen der Konferenz betreffen zwar zunächst die Feststellung der deutschen Orthographie für die Schulen, aber es darf nicht daran gedacht werden, zwischen einer etwa für den Schulunterricht vorzusehenden Orthographie und dem allgemeinen Schreib- und Druckgebrauch einen gewaltsamen Rückfall zu verhindern. Eine bestimmte Formel für das einzuhaltende Maß lässt sich nicht auffinden, vielmehr zeigte sich, dass die Frage, bis zu welcher Grenze eine Abweichung von dem bisherigen Schreibgebrauche zu empfehlen sei oder zulässig scheine, bei jedem einzelnen Hauptpunkte besonderer Erwähnung unterzogen werden müsse.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, würde von ultramontaner Seite über das Urteil des Kreisgerichts in Neuwied, welches den Kapuzinerpater Gabriel aus Ehrenbreitstein zu 3 Monaten Gefängnisstrafe verurtheile, weil er dem Bürgermeister Reis in der österlichen Beichte die Absolution, bis derselbe ausdrücklich den Magistraten die Anerkennung versage, verweigert haben soll, - beim Abgeordnetenhaus Beschwerde geführt werden. Bekanntlich sprach sich der alkatholische Professor v. Schulte in einer an die Redaktion der "Kölner Blg." gerichteten Botschaft dahin aus, dass das Gesetz vom 13. Mai 1873 über Grenzen des Reichs zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Bußmittel gänzlich unanwendbar auf die bloße Verweigerung der Absolution im Richtstuhle sei, da die Verweigerung an sich gar nicht als Straf- oder Bußmittel aufgefasst werden könne.

Der bekannte sechsfache Preßprozeß gegen den verhafteten früheren Redakteur der "Germania", Gustav Taube, gelangte am 18. d. auf die Appellation der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten nochmals zur Behandlung vor dem Kammergericht. Das wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck von der Königlichen Regierung in Trier u. s. w. mit fünf Monaten verhängte Strafmaß wurde indes auch hier lediglich bestätigt, ebenso auch wegen Verdachts der Flucht, wie in erster Instanz, die Enthaltung aus der Haft abgelehnt.

**Wien, 17. Januar.** Die heutige Presse beschäftigt sich lebhaft mit der von der "Nat. Blg." mitgetheilten Depesche des Fürsten Bismarck an Herrn von Werther über die Mission von Taufkirchen. Es dürfte hierüber leicht zu einer ebenso eingehenden, wenn auch nicht so aufgeriegten öffentlichen Diskussion kommen, wie über die Schmerling-Artikel der "Provinzial-Korrespondenz." Ob man dabei, wie bisher erschlich, die fatalen Erinnerungen an Beust auch fernerhin zu umgehen suchen werde, ist abzuwarten. Uebrigens hätte die "National-Zeitung" nicht dabei stehen zu bleiben gebraucht, die Folgen der auswärtigen Beust'schen Politik in der Potsdamer Hohenwarte nachzuweisen. Man erinnert sich hier noch sehr wohl, dass nach der Abweisung der Bismarck-Taufkirchen-Vorschläge, welche der gesammten österreichischen Monarchie das Schutzbündnis Preußens boten, Beust sich veranlaßt sah, die hervorragenderen wiener Journalisten darüber zu belehnen, dass bei der Haltung Ungarns die Monarchie keiner europäischen Großmacht als allianzfähig erscheinen könnte und daher aus Rücksicht auf Österreichs auswärtige Sicherheit der Ausgleich mit Ungarn eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Diesen Punkt wird man namentlich im Lager der Altdösterreicher sehr scharf in's Auge fassen. Was die aktuelle Politik betrifft, so gilt der von Paris aus gemachte Versuch, Misstrauen zwischen Russland und Deutschland wegen der Haltung des letzteren in der orientalischen Frage zu wecken, seit den Mithteilungen der "National-Zeitung" als gänzlich gescheitert. - Unsere Börse war heute durch das Gerücht beunruhigt, im gestrigen Ministertheate zu Pest, zu welchem Feldzeugmeister Frhr. v. Möllnart, der kommandirende General in Kroatien, Slavonien und dem Grenzgebiet gezogen war, sei über Maßnahmen, die sich auf die türkischen Grenzprovinzen beziehen, verhandelt worden.

**Bern, 16. Januar.** Die Eröffnung des zweiten in Bern stattfindenden internationalen Postkongresses ist auf morgen Vormittag 11 Uhr angesetzt.

Anteil werden an demselben nehmen: das Deutsche Reich, vertreten durch Hrn. Geheimen Postrat Günther; Österreich durch Ministerialrath Dewez; Ungarn durch Sektorialrath Heim; Belgien durch Herrn Falstaff, Generaldirektor der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, und durch Postdirektor Gise; Egypten durch Herrn Borel, Director des internationalen Postbüros; Frankreich durch Hrn. Anault, Souschef im Auslands-Bureau, seine Kolonien durch Herrn Roy, Bureauchef im Département der Marine und Kolonien; Großbritannien durch Hrn. Alan Maclean, Sekretär bei der General-Postdirektion; Britisch-Ostindien durch Hrn. Monteath vom India Office; Italien durch Commandeur Tantosio, Abtheilungschef bei der Generalpostdirektion; die Niederlande durch Generalpostdirektor Hoffsteede; Schweden und Norwegen durch Hrn. Björnsteerna, Rämmer und Legationssekretär, und Spanien durch Vicente de Manzanares bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft. Die Sitzungen werden im Ständeraalsaal des Bundespalais abgehalten; als Sekretäre funktionieren Hr. Oberpostsekretär Höhn vom eidgenössischen Postdepartement, der schon am ersten Kongress dieses Amtes verfah, und Hr. Moret, erster Sekretär des internationalen Postbüros.

**Rom, 15. Januar.** Die "Italie" schreibt:

Die "Deutsche Reichszeitung", welche mit der Laterne des Diogenes überall herumfucht, um Feinde des Hauses Habsburg ausständig zu machen und sie dem konservativen Europa zu denunzieren, hat endlich entdeckt, dass Italien der erbitterte Feind und perfideste Feind von Österreich ist; denn, "zusammenfasslich" aus den Ländern aller abgesetzten und beraubten italienischen Fürsten, habe es immer Angst, wieder jerrissen zu werden, und es kann seines Lebens nicht froh werden, bis Österreich nicht ganz

vernichtet sei. Bei dieser Gelegenheit gedenke Italien Trient, Istrien und Dalmatien zu annexieren, und daraus machen die liberalen Italiener gar kein Geheimnis mehr. Alle diese Behauptungen des bonner Blattes sind Einbildunge seiner erbosten Phantasie. Es gibt keinen Italiener, ja kaum einen Fremden, der Italien nur einigermaßen kennt, welcher nicht von der Aburdität dieser Behauptung der "Reichszeitung" überzeugt wäre. Vor Allem ist die "Reichszeitung" selbst davon überzeugt; aber das ist ja Nebensache, es kommt ihr ja nur darauf an, ihren Lesern etwas weiszumachen. Arme Leute der kleinsten Zeitungen! Wenn es einen Staat giebt, mit welchem Italien in Frieden und Freundschaft zu leben wünscht, so ist es gewiss Österreich-Ungarn. Wenn aber die "Deutsche Reichszeitung" das "zusammengeflickte" Italien bekämpfen will, so muss sie sich nach anderen Waffen umsehen, als den Hass Österreichs gegen Italien oder den Italiens gegen Österreich zu schützen. Das heißt die Naivität oder die Niederträchtigkeit zu weit treiben. Wenn zwischen Italien und Österreich keine guten Beziehungen beständen, so müssten wir Alles thun, was in unseren Kräften steht, um sie herzuholen, gerade wie von der Religion gefestigt worden ist, "wenn sie nicht existierte, so müsste sie erfunden werden."

**London, 17. Januar.** Die Maschinenarbeiter haben die mahvolle Handlungswise der Arbeitgeber nicht mit gleicher Mühe erwidert. Der Zusammensetzung, welche die Arbeitgeber am Freitag in Derby hielten, folgte bereits am Sonnabend eine Zusammensetzung der Strikearbeiter in Crith, in welcher der Entschluss der Fabrikherren als ein Zeichen zu weiterem Kampfe ausgelegt wurde. Wie die "Germania" vormals ihren "Protestanten" ins Feld zuschickten liebte, so schoben die Unionisten am Sonnabend zwei Nichtunionisten vor, um ihre Sache zu verfechten und recht derbe Reden gegen die Fabrikherren zu führen. Gegenüber dem Beschluss der Letzteren, dem erither Eisenwerke von anderwo Arbeiter zu stellen, beschlossen die feiernden Arbeiter, die Ustellung jener Werke zu vervollständigen und zu verdichten, so dass kein Eindringling von auswärts hineingelangen könne. Gelingt den Arbeitern diese Einschließung, so wird es über kurz oder lang zur Aussperrung kommen müssen. Die Arbeiter sprechen sich bei augenblicklichem Geldreichtum zuversichtlich dahin aus, wenn es zu solch neuem Kriegs kommt, so würden sie gänzliche Aufhebung der Akkordarbeit durchzusetzen im Stande sein.

In Woolwich werden mit indischer Eisen erze Versuche ange stellt, deren Ausgang für Indien und die Zukunft seiner Industrie von grösster Wichtigkeit ist. Kohle und Eisen werden nämlich fast in ganz Indien gefunden, aber die Qualität dieser Mineralien ist gering, und das indische Eisen ist bisher unbenuzt geblieben, weil das Klima den Gebrauch der gewöhnlichen Frischöfen nicht zulässt. Nun hat die indische Regierung Proben von indischer Kohle und von Eisen erzeugt, damit die Brauchbarkeit der Kohle untersucht und der Versuch gemacht werde, das Eisen in den Crampton'schen Drehöfen zu frischen, die auch in Indien eingeschürt werden könnten. Die Bedeutung der Experimente für Indien ergiebt sich von selbst. - Über den Fortgang der wissenschaftlichen Expedition des englischen Kriegsschiffes "Challenger" sind von Valparaiso aus Nachrichten eingetroffen. Bemerkenswerth ist, dass der "Challenger" auch bei der Insel Juan Fernandes, der Insel des Robinson Crusoe, anlegte. Hier lebte der schottische Matrose Seftir vier Jahre, 1705-9, und Dickeys berühmter Roman ist auf seine Geschichte basirt. Seit 1868 befindet sich auf dem höchsten Hügel, von wo aus Seftir vorbeifahrende Schiffe zu erprobten suchten, eine Gedächtnisplatte, welche von den Offizieren des englischen Kriegsschiffes "Tortoise" angebracht wurde. Wer von der Besetzung des "Challenger" nur konnte, wallfahrtete zu diesem interessanten Orte.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen, 20. Januar.**

Der Bischof v. Marwitz war vom Kreisgericht von Stargard zu einer Geldbuße von 800 Thlr. deswegen verurtheilt worden, weil er dem Geistlichen Lijewski die Pfarre von Plusnitz übertragen hatte. Da indes sein Gehalt sistirt war und das Hausmobilien sich seit 3 Jahren nicht mehr im Besitz des Bischofs befindet, so wurde die Fack des bischöflichen Gutes Neuhof mit Beslag belegt, und der Pächter zur Zahlung des Geldes angehalten. Doch bewilligte man ihm einen Aufschub von 8 Tagen.

Der Landschaftsrath Herr v. Jackowski gedenkt sich, dem Kur. Posn. zu Folge nicht mit dem Bescheide zu beruhigen, den ihm der Kreisausschuss von Pr. Stargard als Antwort auf seine Beschwerde über die Ausübung der polnisch-katholischen Volksversammlungen in Skarz und Neukirch zu Theil werden ließ. Vorher er sich indes an die höheren Instanzen wenden will, verlangt er noch zuvor eine mündliche Verhandlung vor dem Kreisausschusse.

In der polytechnischen Gesellschaft wurde am 15. d. Etw. vorgelegt, in welchem die erforderlichen Requisiten zu Jacobsons Xeroromanie enthalten waren. Dieselben liefern bei richtiger Anwendung einen vollkommen waschdichten Rothdruck für Weißzeug. Um Wäsche mittels derselben zu zeichnen, wird diese auf eine harte glatte Unterlage, auf die Wäsche das xerochromische Papier, die rothbraune farbige Seite nach unten, gelegt, und hierauf das Papier gebleitet, auf welches die Buchstaben, Muster &c. vorher aufgezeichnet sind. Mit einem Bleistift werden alsdann die Buchstaben und Muster nachgezeichnet, wodurch sich die Farbe des xerochromischen Papers an den betr. Stellen auf das Weißzeug überträgt. Es muss jedoch, um die Waschählichkeit zu erzielen, nur hoher Dampf angewendet werden. Bei kleineren Sachen geschieht dies in der Weise, dass ein feuchtes Handtuch über das gezeichnete Wäschestück gelegt, und ein heißes Blättchen darauf gestellt wird, bis aus dem Handtuch die Feuchtigkeit verschwunden ist; bei grösseren Sachen breitet man die gezeichneten Wäschestücke über einen Kessel mit Kochendem Wasser und lässt die Dämpfe eine Zeit wirken. Erst nachdem die gezeichnete Wäsche mit warmem Wasser und Seife ausgewaschen ist, tritt an Stelle der rothbraunen alsdann eine schöne rothe Farbe. - Es werden ferner eigenhändig gestaltete Kesselfeste in Bildungen vorgelegt, welche auf den Deckeln der Röhren eines Paed'schen Kessels entstanden waren; dieser Röhrenapparat ist aber gerade zu dem Zwecke konstruiert und eingeschaltet, um die Kesselsteinbildung zu verhüten. Weitere Mittheilungen über die versäumte Kesselsteinbildung, die Kesselsteinbildung, sei es durch Zusatz von chemischen Mitteln (Chlorbarium &c.), sei es durch Apparate, zu verhindern, führen zu dem Thema der Dampfkessel-Explosionen. Die meisten dieser Explosionen werden durch Wassermangel hervorgerufen, viele auch durch Verwendung schlechten Kesselblechs und falsche Konstruktion der Kessel und durch Abnutzung derselben beim Gebrauch. Zweifelhaft erscheint es, ob je ein gut konstruirter und aus gutem Material gefertigter Dampfkessel in Folge zu hohem Dampfdruckes explodirt ist, da einem solchen erfahrungsmässig eine 2. bis 3fach vermehrte Dampfspannung nicht schadet. Meist läuft sich die Explosion auf Fahrflüssigkeit zurückführen. Die jetzt häufiger als früher vorgenommenen inneren Kesselrevisionen seitens technischer Fachleute geben den Kesselbesitzern ein Mittel an die Hand zur möglichsten Verhütung von Unglücksfällen. Um den

Wassermangel im Kessel zu verhüten ist Folgendes zu beobachten: Die Speisepumpen sind in stetem betriebsfähigem Betriebe und die Speiseröhren frei von allen Inkrustationen zu erhalten. Das Wasserstandsglas darf an keinem Kessel fehlen, und muss im Falle des Bespringens sofort erneuert werden. Die Wasserstands- und Proberöhren müssen stets in gutem Gange sein, und täglich oft geöffnet und abgeblasen werden. Die Röhren, welche diese Röhre mit dem Kessel verbinden, dürfen nicht zu eng sein, und müssen niemals frei von Inkrustationen erhalten bleiben. Es kommt bei Nichtbeachtung des Vorschriften nicht selten vor, dass das Wasserstandsglas genügenden Wasserstand angibt und im Kessel trotzdem bereits auf eine gefährdende Tiefe gesunken ist; wird dann noch zu rechter Zeit der Kessel geleist, so geht die Gefahr vorüber; geschieht dies aber nicht, so sinkt das Wasser immer tiefer, die oberen Fäden der Feuerrohre werden vom Wasser entblößt, das Material verliert an Widerstandsfähigkeit, die oft bis zur Rohrlänge erwärmten Röhre werden durch den im Innern des Kessels herrschenden Dampfdruck zerdrückt, reißen an den Enden plötzlich ab, und unfehlbar erfolgt die Explosion. Das schlechte Material und mangelhafte Konstruktion und Ausführung die Veranlassung zur Explosion geben können, bedarf kaum der Erwähnung, und möchte hiebei nur noch erwähnt werden, dass Kessel mit durchgehenden Röhren auch genügendem Wasserstande explodiren können, wenn die Röhre nicht genau freirund angefertigt sind.

**rz. Fabianow bei Posen, 18. Januar.** Von alten Ringfens Ziegelerien, welche sich in der Umgegend von Posen befinden, dürfte der hiesige Ort mit dem angrenzenden Rudnica und Junikowo wohl die meisten und umfangreichsten aufzuweisen haben. Außer mehreren kleinen Ziegeleien mit einfachen Brennöfen, befinden die drei erwähnten Dirschkeiten 4 umfangreiche Ziegelei-Etablissemens mit 6 großen Ringöfen, von denen 3 dem Kaufm. Ed. Ephraim, 1 dem Kaufm. Morris Bifor und 2 der Baubau in Polen gehören. Zu allen diesen Ziegeleien gehört eine ca 30 bis 40 Hekt. grosse Bodenfläche mit stellenweise 2 bis 4 Meter hohem Lehmlager, welches voraussichtlich noch viele Jahre Material zu Ziegeleien liefern wird. Im Durchschnitt sind jährlich auf diesen Ziegeleien 400 männliche und weibliche Arbeitsschleute beschäftigt, die oft aus meilenweit entfernten Gegendem hierhergezogen kommen, um lohnende und dauernde Arbeit zu finden. Der Hauptbetrieb dieser Ziegel-Fabriken besteht zwar hauptsächlich in der Produktion von Mauersteinen, deren jährlich 30 Mille geschafft werden können, doch werden auch massenhaft Hohlziegel, Dachsteine und Drainröhren fabrizirt. Die Ziegeleien von Ephraim und Bifor haben im Laufe des vergangenen Jahres bezüglich des Betriebes noch dadurch eine Erweiterung erfahren, dass die Besitzer derselben sich aus der Fabrik von H. Pauli in Landsberg a. W. Dampfmaschinen nebst Ziegelpressen haben kommen, und diese in mit grossem Kostenaufwand besonders dazu errichteten massiven Maschinenkästen aufstellen lassen. Jede dieser Maschinen hat 30 Pferderkraft und soll wie versichert wird, täglich 20 Mille eigen geformte Rohziegel zu schaffen im Stande sein.

In Bromberg ist bei Gelegenheit der neuen Kirchenvorstand- und Gemeindevertretungswahlen der katholischen Pfarrgemeinde mit Genehmigung des Kultusministers eine besondere Parochie für die Deutschen redenden Katholiken, die bisher mit den polnischen Katholiken eingepfarrt waren, gebildet worden. Die Wählerlisten für die deutschen Kirchenwahlen sind bereits angefertigt und der Wahlvorstand ernannt. Wie der Kurier Posn. wissen will, war das Gesuch der deutschen Katholiken um Bildung einer besondren Parochie vom königlichen Kommissarius für die Verwaltung des gesamten Erzbistumsvermögens, Landrat Nollau, und von der königlichen Regierung in Bromberg abgeschlagen worden. Die katholische Pfarrgemeinde in Bromberg zählt 10,217 Seelen, von denen mehr als der der deutschen Nationalität angehören.

**Gnesen, 18. Januar.** Dem im hiesigen Gefängnis internierten Herrn Weihbischof Janiszewski hat, wie der "Germania" mitgetheilt wird, das posener Kreisgericht zur Sicherung der Untersuchungs- und Strafvollstreckungslosten die Einkünfte, welche derselbe aus der Kasse des Metropolitanapostolats zu Posen bezieht, in Höhe von 900 Mark, mit Arrest belegt. Bekanntlich war schon einmal eine Summe von derselben Höhe dem Weihbischof in Beslag genommen worden.

## Staats- und Volkswirthschaft.

**\*\* Berlin, 19. Januar.** Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 15. Januar.

### Aktiva.

|  |                                |
|--|--------------------------------|
| 1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund sein zu 1392 Mt. berechnet | Mt. 437.863.000 Abn. 8.610.000 |
| 2) Bestand an Reichskassenscheinen   | 27.489.000 Abn. 11.883.000     |
| 3) Bestand an Noten anderer Banken   | 10.609.000 Abn. 591.000        |
| 4) Bestand an Wechseln   | 424.980.000 Abn. 27.039.000    |
| 5) Bestand an Lombardforderungen   | 56.485.000 Abn. 5.664.000      |
| 6) Bestand an Effekten   | 35.000 Abn. 40.000             |
| 7) Bestand an sonstigen Aktiven  | 36.844.000 Abn. 1.179.000      |

### Passiva.

|   |                             |
|---|-----------------------------|
| 8) das Grundkapital   | 114.394.000 Abn. 1.980.000  |
| 9) der Reservefonds   | 12.000.000 unverändert.     |
| 10) der Betrag der umlaufenden Noten                        | 679.344.000 Abn. 36.136.000 |
| 11) die sonstigen ländl. fäll. Verbindlichkeiten            | 66.813.000 Abn. 7.047.000   |
| 12) die an eine Kündigungfrist gebundenen Verbindlichkeiten | 101.260.000 Abn. 59.000     |
| 13) die sonstigen Passiva                                   | 2.275.000 Abn. 105.000      |

**\*\* Berlin, 19. Januar.** Die Reichsbank hat heute, wie dies seit gestern schon als wahrscheinlich angesehen



Breslau, 19. Januar, Nachmittags.

Abgeschwächt.

Kreisburger 80, 25. do. jange — Oberöchsen 139, 50. R. Ober-  
kier-St.-A. 104, 25. do. do. Prioritäten 108, 25. Frankosen 510, 00. Lomb-  
arden 197, 50. Silberrente 64, 80. Rumäniener 28, 15. Breslauer  
Montabanc 65, 75. do. Wechslerbank 64, 75. Schles. Bank 84, 00.  
Kreditaktien 355, 50. Laurahütte 63, 00. Oberöchsen Eisenbahnen —.  
Österreich. Bank 176, 00. Russ. Banknoten 262, 50. Schles. Bank 84, 00.  
Breslauer Bank —. Breslauer Prov. Wechslerbank 89, 00. Österreichische Bank —. Breslauer Centralbahn —. Reichsbank 164, 50. Gr.  
Frankfurt a. M., 19. Januar, Nachmittags.

### Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 19. Januar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.  
Biemlich fest, aber still.

(Schlusskurse.) Londoner Wechsel 203, 25. Pariser Wechsel 80, 92. Wie-  
ner Wechsel 175, 45. Frankosen\*) 255. Böh. Weiß. 165. Lombard-  
en 98, 98. Galizier 172. Elisabethbahn 145. Nordwestbahn 124, 125.  
Kreditaktien\*) 168. Russ. Bondnote 85, 50. Russen 1872 99, 50. Silber-  
rente 64, 50. Papierrente 60, 00. 1860er Loos 114 — 1864er Loos 294, 80. Amerikaner der 1885 101, 00. Deutsch-Österreich 89, 50. Berliner  
Bankverein —. Frankfurter Bankverein —. do. Wechslerbank 76.  
Bankaktien —. Weinfelder Bank 79, 50. Habs. Effektenbank —.  
Darmstädter Bank 113, 50. Hess. Ludwigsb. 97, 50. Oberhessen 73.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 169, 50. Franzosen 255, 50.  
Lombarden 98, 50. 1860er Loos —. Reichsbank 164, 50.

\*) vor medio resp. vor ultimo.

Berlin, 19. Januar. Der heutige Verkehr eröffnete unter dem  
Einfluß ziemlich farbloser Berichte von den fremden Blättern lustlos,  
und die Haltung wurde überwiegend als matt bezeichnet. Dennoch  
konnte nicht gerade von starken Herabsetzungen die Rede sein; die be-  
vorzugten Spielplätze bewegten sich auf einem 1—2 Mark über höch-  
stens 1 p.C. niedrigeren Courtniveau, jedoch ohne daß größere Um-  
sätze zu ermitteln waren. Doch schon am Ende der ersten Stunde trat  
eine kleine Festigung ein, in Folge deren sich der internationale  
Markt und Diskont-Kommandit-Antheile um Kleinigkeiten hoben.  
Reichsbank und Laurahütte blieben matt, auch Dortmund und Union und  
andere Eisenbahnen wurden billiger angeboten, da von verschiedenen  
Seiten Arbeitseinstellungen und Ausbläsern von Hochbörsen gemeldet wer-  
den. Als günstig hatte die Herabsetzung des Diskonts der Reichsbank

### Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 19. Januar 1876.

### Preußische Bonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe 4, 5 105, 10 bz G  
Staats-Anleihe 4 99, 40 B  
Staats-Schuld. 3, 5 92, 25 bz  
Kur. u. Nrn. Sch. 3, 5 92, 00 bz  
O. D. Deichs. Obl. 4, 5 101, 25 B  
Berl. Stadt-Obl. 4, 5 101, 50 B  
do. do. 3, 5 91, 75 G  
Töln. Stadt-Ant. 4, 5 99, 00 bz  
Rheinprovinz do. 4, 5 101, 75 B  
Schldv. d. B. Kfm. 5 100, 60 G  
Pfandbriefe:

Berliner 4, 5 101, 10 bz G

do. 5 107, 00 bz G

Landsch. Central 4, 5 94, 10 bz

Kur. u. Neumärk. 3, 5 86, 00 bz

do. neue 3, 5 84, 00 G

do. 4 93, 90 G

Dr. Brandtg. Cred. 4 93, 90 G

Ostpreußische 3, 5 84, 70 B

do. 4 94, 80 bz

do. 4, 5 101, 50 bz

Pommersche 3, 5 83, 50 G

do. 4 93, 90 G

do. 4, 5 102, 50 bz B

Posensche, neue 4 93, 90 bz

Sächsische 4 93, 50 B

Schlesische 3, 5

do. alte A. u. C. 4

do. A. u. C. 4

Westpr. ritterg. 3, 5 83, 30 G

do. 4 93, 40 bz

do. 4, 5 101, 30 B

do. II. Serie 5 106, 75 bz

do. neue 4 100, 40 G

do. 4, 5 95, 50 G

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 97, 20 bz

Pommersche 4 96, 10 bz

Posensche 4 96, 10 bz

Preußische 4 96, 10 bz

Rhein. u. Westfäl. 4 98, 25 bz B

Sächsische 4 97, 90 bz

Schlesische 4 96, 10 G

Souvereinges 20, 29 G

Napoleondor do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Gremde. Banknot.

do. einsl. B. Leipzig.

Fränz. Banknot.

Osterr. Banknot.

do. Silbergulden

do. 1/4 Stücke

Russ. Noten 263, 40 bz

Deutsche Bonds.

Pr. v. 55 a 100th. 3, 5 129, 60 bz

Hess. Pr. d. 40th. — 257, 00 G

Bad. Pr. v. 67 4 120, 70 bz G

do. 35f. Obligat. — 142, 50 B

Bair. Präm.-Ant. 4 123, 80 bz

Brüdw. 20th. 2 — 84, 90 bz

Brem. Ant. v. 1874 4, 5 100, 70 bz

Ant. v. 1865 3 173, 00 B

Lübecker Pr. Ant. 3, 5 172, 75 bz

Merk. Eisenb. 3, 5 89, 40 bz G

Meiningen Poosie — 20, 10 bz

do. Pr. Pfdr. 4 100, 90 bz

Oldenburg. Poosie 3 138, 00 B

Pr. G. E. B. Pfdr. 110, 5 102, 90 bz B

do. do. 4, 5 94, 75 G

Pr. G. Hypoth. unf. 5 100, 75 bz

do. 4, 5 95, 75 bz

Mein. Hyp. Pfdr. 5 100, 50 bz

Nord. Greer. & Co. 101, 00 bz G

do. Hyp. Pfdr. 5 101, 50 bz G

Pomm. H. B. Pfdr. 120, 5 104, 75 bz

do. II. V. rz. 110, 5 101, 75 bz

Breslauer Disc. Bl. 4 65, 90 bz G

Breslauer Disc. Bl. 4 65,